5. Die GWG ist bestrebt, die Verwaltungskosten durch ständige Erweiterung der ehrenamtlichen Mitarbeit der Mitglieder und gemeinschaftliche Verwaltung und Pflege des genossenschaftlichen Eigentums niedrig zu halten.
6. Der im Laufe des Jahres erzielte Überschuß wird dem unteilbaren Fonds (Reservfonds) zugeführt.
7. Entstehende Verluste durch mangelhafte Arbeit der GWG werden durch zusätzliche Arbeitsleistungen der Mitglieder gedeckt, sofern eine Abdeckung aus dem Reservfonds nicht möglich ist
8. Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.
9. Für die Verwaltung des genossenschaftlichen Eigentums ist ein Finanzplan aufzusteilen. Er wird durch die Mitgliederversammlung bestätigt. Der Vorstand darf Ausgaben nur im Rahmen des bestätigten Finanzplanes leisten. Alle Ausgaben, die darüber hinausgehen, sind gesondert durch die Mitgliederversammlung zu genehmigen.

VII.

**Ausscheiden aus der GYVG —
Rückzahlung der Anteile — Erbfolge**

1. Das Mitglied kann zum Jahresschluß durch schriftliche Kündigung aus der GWG ausscheiden. Die Kündigung muß spätestens bis 30. November des betreffenden Jahres beim Vorstand vorliegen.
2. Mitglieder, die im gesellschaftlichen Interesse eine Tätigkeit in anderen Städten bzw. Gemeinden übernehmen, können ohne Einhaltung der in Ziff. 1 festgelegten Frist sofort aus der GWG ausscheiden. In diesen Fällen werden auf Antrag des Mitgliedes die eingezahlten Anteile innerhalb eines Monats nach Räumung der Wohnung zurückgezahlt.
3. Will das Mitglied bei Arbeitsplatzwechsel in eine am neuen Arbeitsplatz befindliche sozialistische Wohnungsbaugenossenschaft übertreten, werden die in seiner bisherigen GWG erbrachten Eigenleistungen (Genossenschaftsanteile und Arbeitsleistungen) auf Anforderung der sozialistischen Wohnungsbaugenossenschaft, in die das Mitglied übertreten will, in voller Höhe übertragen. Die Übertragung kann ohne Einhaltung der Kündigungsfrist erfolgen.
4. Die GWG kann das Mitglied in der Regel zum Schluß des Geschäftsjahres ausschließen, wenn es gröblich oder wiederholt gegen die Grundsätze der GWG verstoßen hat und genossenschaftliche oder gesellschaftliche Erziehungsmaßnahmen erfolglos geblieben sind. Der Ausschluß erfolgt durch die schriftliche Mitteilung des Vorstandes und ist durch die Mitgliederversammlung zu bestätigen. Mit dem Ausschluß verliert das Mitglied das Recht auf Nutzung der Genossenschaftswohnung. Das auszuschießende Mitglied hat das Recht, in der Mitgliederversammlung gehört zu werden.
5. Das Mitglied kann gegen den Beschluß der Mitgliederversammlung beim Rat des Kreises Einspruch erheben. Dieser entscheidet nach Beratung mit dem Kreisbeirat für die sozialistischen Wohnungsbaugenossenschaften endgültig über den Einspruch des Mitgliedes.
6. Können sich die Ehegatten bei Scheidung der Ehe nicht darüber einigen, wer die Nutzungsrechte an der Wohnung weiter ausübt, entscheidet auf Antrag das Gericht gemäß § 34 des Familiengesetzbuches.
7. Die Teilung der Genossenschaftswohnung ist nicht zulässig. Der Ehegatte, dem die Genossenschaftswohnung nicht zugewiesen wird, kann ohne Einhaltung der Kündigungsfrist aus der GWG ausscheiden oder einen Antrag auf Zuweisung einer eigenen Genossenschaftswohnung stellen. Der Antrag auf eine neue Wohnung kommt einem Neutritt gleich.
8. Haben die bisherigen Ehegatten die nach dem Wohnungsverteilungsplan der GWG für sie vorgesehene Genossenschaftswohnung noch nicht bezogen, beschließt der Vorstand, wer von ihnen die Wohnung nutzen darf. Wird sie keinem der bisherigen Ehegatten nach den Verteilungsgrundsätzen zugewiesen, können sie einzeln entsprechend der Dringlichkeit bei der Wohnungsverteilung berücksichtigt werden.
9. Im Todesfall erlischt die Mitgliedschaft mit dem Schluß des Geschäftsjahres, in dem der Todesfall eingetreten ist. Bis zu diesem Zeitpunkt kann die Mitgliedschaft des Verstorbenen durch dessen Erben wahrgenommen werden. Für mehrere Erben kann die Mitgliedschaft durch einen bevollmächtigten Erben ausgeübt werden. Verzichten alle Erben auf die Mitgliedschaft, so haben sie das Recht, die Rückzahlung der Genossenschaftsanteile zu fordern.
10. Die Kinder, Eltern und Geschwister des verstorbenen Genossenschaftsmitgliedes haben als Erben das Recht, selbst Mitglied der GWG zu werden, ohne Rücksicht darauf, ob sie zu dem unter Abschn. II Ziff. 1 festgelegten Personenkreis gehören.
11. Andere Erbberechtigte, die dem gemeinsamen Haushalt des verstorbenen Mitgliedes angehörten, können auf Beschluß der Mitgliederversammlung in die GWG aufgenommen werden, wenn sie zu dem Personenkreis gehören, der Mitglied einer GWG werden kann.
12. In der Reihenfolge der Wohnungszuteilung nimmt der als Mitglied in die GWG eintretende Erbe die gleiche Rangstelle ein wie das verstorbene Mitglied, wenn er seinen Eintritt innerhalb von 6 Monaten nach Erlöschen der Mitgliedschaft des verstorbenen Mitgliedes erklärt, die erforderlichen Genossenschaftsanteile von ihm übernommen werden und er den schriftlichen Nachweis erbringt, daß die übrigen Erben zu seinen Gunsten auf die Rückzahlung der Genossenschaftsanteile unwiderruflich verzichten. Der Betrag, auf dessen Auszahlung verzichtet wird, wird dem als Mitglied eintretenden Erben als Einzahlung auf die Genossenschaftsanteile angerechnet. Erben sind von der Zahlung des Eintrittsgeldes befreit.
13. Die Genossenschaftsanteile dürfen nur mit Zustimmung des Vorstandes und nur an Personen, die Mitglied der GWG sein können, übertragen werden.